

Stellungnahme des **Forums zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.** vom 23. Mai 2012

im Anhörungsverfahren zur Gedenkstättenkonzeption (Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam an die Stadtverordnetenversammlung 11/SVV/0947 vom 24.11.2011) und zur Frage der künftigen Trägerschaft der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

1. Die Konzeption des Oberbürgermeisters für die Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ gilt der zukünftigen Arbeit dieser Gedenkstätte als eines Erinnerungsortes mit mehrfacher Vergangenheit. Wie bewerten Sie den in der Konzeption niedergelegten Auftrag, die Prämissen und die Zielsetzungen der Gedenkstätte?

Die Einschätzung zur Bedeutung der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 als authentischem Gedenk- und Erinnerungsort teilen wir. Wir sind uns dessen bewusst, dass ein Haus mit mehrfacher Vergangenheit immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt sein wird, unzulässige Diktaturvergleiche anzustellen oder das Leiden bestimmter Opfergruppen zu relativieren. In der Konzeption ist zu dieser Problematik Stellung genommen worden. Wir schließen uns der in der Prämisse zum Ausdruck gebrachten Position nachdrücklich an.

2. Mit der Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus (voraussichtlich im Jahr 2013) wird die Neugestaltung der Gedenkstätte vorläufig abgeschlossen sein. In welchen Bereichen sehen Sie die zukünftigen Schwerpunkte der Gedenkstättenarbeit? Wo sehen Sie Defizite, welche Prioritäten sollten gesetzt werden?

Angesichts des in der Gedenkstätte 54/55 bislang Erreichten, hier sei vor allem der kontinuierliche Ausbau der Dauerausstellung und das regelmäßige Veranstaltungsprogramm genannt, beides ohne dauerhaft zur Verfügung stehende personelle und finanzielle Ressourcen zuwege gebracht, sollte nicht von "Defiziten" der bisherigen Gedenkstättenarbeit gesprochen werden. Gleichwohl sehen wir in verschiedenen Bereichen Potentiale. Für unerlässlich halten wir den Aufbau einer umfangreichen Internetpräsenz, in deren Rahmen auch Materialien für die politische Bildungsarbeit bzw. für den Unterricht zur Verfügung gestellt werden. Wünschenswert ist die Einrichtung einer öffentlich zugänglichen Präsenzbibliothek zu den Themen der Gedenkstätte.

Wir teilen die Einschätzung, die in der Konzeption zur Vielfalt und Heterogenität der Zielgruppen formuliert wird. Angesichts des Umfangs und der Themenvielfalt der Dauerausstellung plädieren wir für eine Modularisierung und Differenzierung des Bildungs- und Vermittlungsangebots, so dass neben Angeboten mit Überblickcharakter auch Angebote zur vertiefenden Bearbeitung einzelner historischer Epochen möglich und wählbar werden.

Gerade Schülerinnen und Schülern sollte die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 in Zukunft verstärkt die Möglichkeit bieten, selbständig über Fragestellungen und Interessenschwerpunkte entscheiden zu können, selbst aktiv zu werden, sich in einem selbst verantworteten Prozess mit den historischen Orten und dem Geschehen auseinanderzusetzen und eine individuelle Form der Präsentation von Arbeitsergebnissen zu wählen. Eine Ergänzung der Ausstellung durch zusätzliche Medienstationen und die Bereitstellung zusätzlicher didaktischer Materialien scheinen unerlässlich, um ein im besten Sinne interaktiver und damit auch interessanter Erfahrungs- und Lernort zu werden. Mittelfristig könnte, abgesehen von speziellen Fortbildungen für Multiplikator/innen und Lehrer/innen, über die Umsetzung berufsgruppenspezifischer Bildungsangebote nachgedacht werden, zum Beispiel für die speziellen Zielgruppen Bundeswehr- (Schutz von Demokratie und Menschenrechten) und Justizangehörige (NS-Justiz, Verfolgung aus

rassistischen/politischen Gründen, Politische Häftlinge in der DDR), Beschäftigte in sozialen und medizinischen Berufen (NS-Eugenik) etc. Daneben muss unbedingt ein fremdsprachliches Angebot realisiert werden, um Potsdam als Ort des internationalen Tourismus gerecht zu werden. Eine in der Konzeption nicht genannte Zielgruppe möchten wir hinzufügen, es sind Menschen mit Behinderungen und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, deren Geschichte im Rahmen des Themenfeldes Erbgesundheitsgericht behandelt werden wird. Wir empfehlen eine barrierefreie Gestaltung der Ausstellung zu dieser Thematik und entsprechend konzipierte barrierefreie Bildungsangebote.

Gerade in Reaktion auf Wünsche und Nachfragen von Besucherinnen und Besuchern schlagen wir vor, die Dauerausstellung um Aspekte der (juristischen) Aufarbeitung von Verbrechen und Unrecht zu ergänzen und auch die Gruppe(n) der Täter in angemessener Form in die Darstellung einzubeziehen.

Bestärken möchten wir die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55, die Arbeit mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auszuweiten, nicht nur im Sinne einer Dokumentation und Publikation von Häftlingsberichten und -schicksalen, sondern auch im Sinne einer aktiven Rolle als Ort für Vernetzung und Austausch im Rahmen eigener Veranstaltungen. Es versteht sich von selbst, dass in der Gedenkstätte spezifische Literatur zum Thema zu erwerben und ständig vorrätig sein sollte, besonders auch Zeitzeugenberichte ehemaliger Häftlinge (wie etwa die der MfS-Untersuchungshäftlinge A. Richter: Das Lindenhotel und D. Drewitz: Kennwort "Alpenveilchen").

3. Welche Folgen hat nach Ihrer Ansicht der Verlust von Zeitzeugen für die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie das Heranwachsen einer neuen Generation nach 1990 ohne eigene Diktaturerfahrung? Welche Konsequenzen sollte die Gedenkstättenarbeit daraus für die politisch-historische Bildungsarbeit ziehen?

Lebensläufe von Opfern (und auch Tätern) sind seit jeher wichtige Säulen der Vermittlungs- und Forschungsarbeit in Gedenkstätten und neben der Authentizität des Ortes ihre wichtigste Grundlage. Die Aussagen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sind eine wertvolle historische Quelle, vor allem können sie am nachhaltigsten vermitteln, welche Auswirkungen das erlittene Unrecht haben kann, welche materiellen, gesundheitlichen und psychischen Nachwirkungen bis in die Gegenwart hinein und welche Konsequenzen für die soziale Situation daraus erwachsen. Besonders Gedenkstätten und Erinnerungsorte zur NS-Geschichte sehen allerdings seit Jahren einem Ende der unmittelbaren Zeitzeugenschaft entgegen und sind damit konfrontiert, dass die aktive Mitarbeit von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen immer weiter zurückgeht. Wir sind davon überzeugt, dass biografische Zugänge wegen ihres hohen Grades an Identifikationsmöglichkeiten und Nachvollziehbarkeit auch weiterhin eine große Rolle für die Ausstellungs- und Bildungsarbeit von Gedenkstätten spielen werden. Wir treten für einen pragmatischen Umgang mit der zukünftigen Normalität einer unvermeidlichen Lückenhaftigkeit ein und für eine gründliche Recherche persönlicher Dokumente wie Fotografien, Tagebücher und Briefe, die ebenso wie Zeitzeugenberichte über spezifische Qualitäten für die Dokumentation von Lebensgeschichten verfügen. Dies setzt natürlich die Bereitstellung der entsprechenden Ressourcen voraus.

Es dürfte schon heute den Tatsachen entsprechen, dass die allermeisten Besucherinnen und Besucher der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 nicht über eigene Diktaturerfahrungen verfügen, das gilt natürlich für Schülergruppen, aber auch für die Besuchergruppen im Rahmen politischer Bildungsreisen, die zum überwiegenden Teil aus den "alten" Bundesländern stammen. Der zu verzeichnende Anstieg der Besucherzahlen spricht eher für ein wachsendes Interesse an den Themen der Gedenkstätte und es ist zu vermuten, dass mit Fertigstellung des NS-Moduls diese Tendenz noch verstärkt wird. Insofern stellt die fehlende Diktaturerfahrung keine besondere Herausforderung für die Konzeption des Bildungs- und Vermittlungsangebotes dar. Zentrales Anliegen der Gedenkstättenarbeit im Hinblick auf Bildung und Vermittlung sollte es sein, dass die Besucherinnen und Besucher -

und hier vor allem Schülerinnen und Schüler - aus der Beschäftigung mit der Vergangenheit für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft lernen können und dafür, auch im Hinblick auf die Methoden der Vermittlung und Auseinandersetzung, Handlungskompetenzen und Werte erwerben.

Wir gehen davon aus, dass die Gedenkstätte Lindenstraße angesichts des Verlusts von Zeitzeugen, aber auch angesichts neuer Generationen von Gedenkstättenbesuchern offen ist für Diskurse um Bildungsauftrag, Formen, Inhalte und Methoden der Gedenkstättenarbeit und -pädagogik sowie der Demokratieerziehung, sich aktiv daran beteiligt, eine Positionierung vornimmt und gegebenenfalls Empfehlungen, die sich aus der wissenschaftlichen Begleitung von Gedenkstättenarbeit ergeben, umsetzt.

4. Die Gedenkstätte Lindenstraße wird organisatorisch, personell und finanziell neu aufgestellt, wobei sich zukünftig die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg die Kosten für den Betrieb teilen wollen. Voraussetzung dafür ist eine einvernehmliche Lösung der künftigen Trägerschaft zwischen Stadt und Land, die diese neue Kooperation abbildet. In der Vergangenheit (bis Ende 2011) war die Gedenkstätte dem Potsdam Museum verwaltungsmäßig zugeordnet; seit 1. Januar 2012 ist sie übergangsweise dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Um eine größtmögliche Selbständigkeit der Gedenkstätte zu erreichen, prüft der Oberbürgermeister derzeit Modelle einer kommunalen Stiftung als künftige Trägerform. Bitte nehmen Sie zu dieser Zielsetzung und den diesbezüglichen Überlegungen in der Gedenkstättenkonzeption Stellung und/oder schlagen Sie begründete alternative Möglichkeiten vor.

Zu den Vor- und Nachteilen einer bestimmten Trägerform können wir keine qualifizierte Einschätzung vornehmen. Wir begrüßen die Entscheidung, die Gedenkstätte aus der Trägerschaft des Potsdam Museum zu lösen und ihr damit ein eigenständiges Profil und ein größeres Maß an Selbständigkeit zu verleihen. Wir sehen in der Finanzierungszusage von Land und Stadt und der damit verbundenen personellen und finanziellen Ausstattung eine Anerkennung der überregionalen Bedeutung der Lindenstraße 54/55 als Gedenkstätte. Für die Einbettung in bestehende überregionale bzw. landesweite Strukturen können wir nur plädieren, wenn dies eindeutige Synergieeffekte für die Gedenkstätte mit sich bringt. Sollte ein solcher Schritt aber eine Beschneidung von Kompetenzen oder eine Verengung der Perspektive bedeuten, sprechen wir uns dagegen aus.

Wir wünschen uns allerdings eine personelle Kontinuität in der Leitung der Gedenkstätte, da wir damit die Fortführung der überaus erfolgreichen und produktiven wissenschaftlichen Kooperation mit dem ZZF und der Netzwerkarbeit mit den zahlreichen in der Konzeption aufgezählten lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Akteuren einerseits und andererseits die Fortsetzung der auf Vertrauen und persönlichen Beziehungen basierenden Zusammenarbeit mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die neben fachlichem Wissen auch menschliche Qualitäten wie Empathie und Sensibilität erfordert, gewährleistet sehen.

5. Wie sollten Opfer- und Interessenverbände, wissenschaftliche und sonstige Institutionen zukünftig in die Strukturen der Gedenkstätte eingebunden werden? Welche Gruppen, Verbände und Vereine, Gedenkstätten und Museen, wissenschaftliche und sonstige Einrichtungen sollten in dem künftigen, voraussichtlich acht- bis zwölfsitzigen Beirat der Gedenkstätte vertreten sein?

Wir sehen in der vorgeschlagenen Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beirates eine hervorragende Grundlage für die inhaltliche und fachliche Ausrichtung der Gedenkstättenarbeit. Wissenschaftliche Einrichtungen ebenso wie Opfer- und Interessenverbände sowie Fördervereine, die auf bürgerschaftlichem Engagement beruhen, sind unserer Einschätzung nach gleichberechtigt vertreten. Besonders unterstützen wir die Aufnahme der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., unserem langjährigen Kooperationspartner bei diversen Veranstaltungen.